

Wahlprüfsteine zum Thema Gründungsunterstützung Gegenüberstellung der Stellungnahmen

Die Wahlprüfsteine sind auf der Grundlage des Forderungspapiers (abzurufen unter: <https://socialimpact.eu/inclusive-entrepreneurship/>) zum Thema „Inclusive Entrepreneurship“ formuliert. Wir danken Ihnen vorab für Ihre Stellungnahme.

Ansprechpartner

Kristina Hensch
hensch@socialimpact.eu
+49 69 999 993 301

Social Impact gGmbH

Schiffbauergasse 7
14467 Potsdam

Telefon: +49 (0) 331 620 79 44
Mail: info@socialimpact.eu

Web: www.socialimpact.eu

Die Initiative ist im Rahmen des Projekts



entstanden, gefördert von

J.P.Morgan

Haftungsausschluss: Dieses Papier ist unterstützt von JPMorgan Chase Foundation. Der Inhalt und die Meinungen in diesem Papier sind einzig den Autoren angehörig und reflektieren nicht die Ansichtsweisen von JPMorgan Chase Foundation, JPMorgan Chase & Co und aller ihrer Partner.

1) Sicherstellung der Lebensgrundlage für Gründer*innen

Potenzielle Gründer*innen können ohne einen finanziellen Zuschuss zur Sicherung des Lebensunterhaltes eine Geschäftsgründung nicht vorbereiten.

Wie steht Ihre Partei zu der Forderung, dass alle Gründungspotenziale ausgeschöpft werden müssen und potenzielle Gründer*innen eine finanzielle Unterstützung zur Sicherung des Lebensunterhaltes in der Gründungsphase erhalten sollten?

CDU / CSU	Bündnis 90 / Die Grünen	Die Linke	FDP	SPD
Schon heute können Menschen, die Arbeitslosengeld oder Leistungen nach dem SGB II beziehen, mit dem Gründungszuschuss oder mit dem Einstiegsgeld unterstützt werden. Damit wird dann entweder das Arbeitslosengeld aufgestockt oder andere Zuschüsse gewährt. Darüber hinaus gibt es eine Vielzahl von weiteren Förderprogrammen des Bundes für Gründerinnen, Gründer sowie kleine und mittlere Unternehmen, wie zum Beispiel den ERP-Gründerkredit.	Keine gute Idee soll an knappen Eigenmitteln scheitern. Gründenden mit einem tragfähigen Konzept wollen wir ein zinsloses und unbürokratisches Gründungskapital von bis zu 25.000 Euro zur Verfügung stellen. Bei Gründenden steht die eigene Absicherung oft hinten an, deshalb wollen wir sie ausreichend und günstig absichern für Krankheit, Pflege, Arbeitslosigkeit und Rente. Für mehr Rechtssicherheit sollen selbstständige Tätigkeit und abhängige Beschäftigung praxistauglich abgegrenzt werden.	Wir wollen durch gesetzliche, tarifliche oder sonstige Maßnahmen Rahmenbedingungen schaffen, damit Selbstständige mit ihrer jeweiligen Tätigkeit ein auskömmliches Erwerbseinkommen erwirtschaften können. Selbstständige brauchen gegenüber ihren Auftraggebern Verhandlungsmacht. Um einem ruinösen Preiswettbewerb unter Soloselbstständigen entgegen zu wirken und um Armut von prekären Selbstständigen zu bekämpfen, wollen wir branchenspezifische Mindesthonorarregelungen schaffen, die bundesweit gelten. Bestehende	Start-ups sind ein Garant wirtschaftlicher Innovation und gesellschaftlichen Wohlstands. Sie ermöglichen Selbstverwirklichung und größere persönliche Freiheit. Unser Wohlstand hängt davon ab, dass wirtschaftliche Innovation stattfindet. Wir Freie Demokraten stehen daher positiv zu dieser Forderung einer finanziellen Unterstützung für Gründerinnen und Gründer. Beispielsweise haben wir in Nordrhein-Westfalen daher bereits das Gründerstipendium NRW eingeführt, womit innovative Gründerinnen und Gründer bis zu einem Jahr lang 1000 Euro Unterstützung monatlich erhalten. Darüber hinaus erhalten sie die	In Deutschland wie auch in Europa brauchen wir mehr Bereitschaft für Innovationen und einen noch stärkeren Gründergeist. Junge Unternehmerinnen und Unternehmer, die Startups, tragen dazu bei, dass mutige Ideen zu neuen Geschäftsmodellen führen und attraktive Arbeitsplätze entstehen. In ihnen steckt das Potenzial, den Mittelstand von morgen zu bilden. Unser Ziel ist es, dass Unternehmen schnell und unbürokratisch gegründet werden können. Wir wollen, dass Firmengründer alle Fragen aus einer Hand beantwortet bekommen. Vor allem E-Government-Lösungen ermöglichen zielgenaue Beratung und erleichtern den Einstieg ins

		<p>Gebühren- und Honorarverordnungen der Freien Berufe sollen evaluiert und wenn möglich ausgeweitet werden.</p> <p>Gemeinsame Vergütungsregeln, die von Verbänden ausgehandelt werden, müssen von der Ausnahme zur Regel werden. Das Ergebnis solcher Verhandlungen muss für beide Seiten bindend sein. Die Berufsverbände müssen das Recht ihrer Mitglieder notfalls stellvertretend einklagen können. In der Plattform-Ökonomie will DIE LINKE Plattformen, die gewerblich Selbstständige vermitteln, und ihre Auftraggeber an der Finanzierung der sozialen Sicherung der vermittelten Selbstständigen beteiligen. Im Bereich Crowdfunding fordert DIE LINKE einen EU-Rahmen, der verhindert, dass Mindestlöhne, Arbeitszeitregulierung, Sozialversicherung, Rentenversicherung, Besteuerung etc. umgangen werden können.</p>	<p>Gelegenheit, sich in Gründernetzwerken auszutauschen und sich durch individuelles Coaching begleiten zu lassen.</p> <p>Um die finanziellen Belastungen bei einer Gründung zu senken, sind Gründungen von einem Zwang zu Mehrfach-Kammerzugehörigkeit zu befreien sowie Krankenkassenbeiträge von freiwillig gesetzlich versicherten Selbstständigen anhand des tatsächlichen Einkommens zu bemessen. In den ersten zwei Jahren nach der Gründung muss die Mitgliedschaft in der IHK bzw. Handwerkskammer beitragsfrei sein.</p> <p>Der Gründungszuschuss ist von einer vorhandenen Arbeitslosigkeit abzukoppeln.</p>	<p>neue Geschäft. Oft scheitern kleine und mittlere Unternehmen an den bürokratischen Hürden für Förderprogramme. Deshalb werden wir die Antragstellung vereinfachen, damit Unternehmensgründer einfach und schnell Unterstützung bekommen und sich voll auf ihr Geschäftsmodell konzentrieren können. Zudem werden wir die Rahmenbedingungen für Wagniskapital weiter verbessern.</p>
--	--	---	---	--

		<p>Bis heute sind die sozialen Sicherungsmaßnahmen am Normalarbeitsverhältnis ausgerichtet. Gleichzeitig haben Beschäftigungsformen wie befristete Beschäftigung, Minijobs, Leiharbeit oder Soloselbstständigkeit massiv zugenommen. Immer öfter wechseln Menschen zwischen abhängiger und selbstständiger Beschäftigung hin und her. Selbstständige sollen einen verbindlichen Zugang zur Sozialversicherung erhalten. Ihre Einbeziehung in die sozialen Sicherungssysteme ist unabdingbar. So können auch Erwerbsbiografien einfacher abgesichert werden, in denen Zeiten von Selbstständigkeit und abhängiger Beschäftigung sich abwechseln oder sogar parallel verlaufen. So können Versicherungsleistungen aus den Sozialsystemen zwischen verschiedenen EU-Ländern ohne Verluste übertragen werden. Die Globalisierung und die Digitalisierung haben den Arbeitsmarkt verändert und</p>		
--	--	---	--	--

		verändern ihn noch. Der Sozialschutz ist diesen Entwicklungen viel zu wenig angepasst. Das muss sich ändern.		
--	--	--	--	--

2) Gründungsqualifizierung und -begleitung

Ein nachhaltiger Gründungserfolg ist abhängig von einer engen Begleitung des Vor- und Nach-Gründungsprozesses durch qualifizierte Berater*innen. Solche Gründungsqualifizierungs- und Beratungsangebote müssen in einer ausgeprägten Gründerinfrastruktur eingebettet sein.

Wie planen Sie Gründer*innen in Deutschland einen gleichberechtigten Zugang zu Gründungsunterstützungsleistungen zu ermöglichen?

CDU / CSU	Bündnis 90 / Die Grünen	Die Linke	FDP	SPD
Aus der gleichen Würde des Menschen folgt die Gleichheit in Rechten. Letzteres bedeutet nicht nur gleiche Rechte zu haben, sondern dass allen Menschen die gleichen Chancen zustehen, ihre Rechte auszuüben und zu verwirklichen. Aus diesem Gleichheitsgrundsatz leiten wir selbstverständlich auch ab, dass, sollten die formalen Voraussetzungen erfüllt sein, Gründer in Deutschland einen gleichberechtigten Zugang zu	Gründende sollen sich um ihre Gründung kümmern, nicht um Papierkram und Behördengänge: Dazu sollen flächendeckend One-Stop-Shops für Gründungsberatung und -förderung entstehen. Mit den Mitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung wollen wir dafür sorgen, dass in jedem EU-Mitgliedsland ein One-Stop-Shop verfügbar ist. Wir fordern einen Europäischen Start-up-Pass. Dieser soll Zugang zu allen	Wir unterstützen kompetente und qualifizierte Beratungsstrukturen für Gründer*innen, um eine ergebnisoffene und individuelle Unterstützung vor und in der Selbstständigkeit sicherzustellen, ohne Menschen in die Gründung zu drängen. Nicht selten werden Arbeitslose oder prekär Beschäftigte aus der Not heraus zu Gründer*innen. Eine Stärkung der Binnenwirtschaft durch gute	Wir Freie Demokraten legen unseren Fokus hier insbesondere darauf, Gründungen zu vereinfachen und damit auch den Beratungsbedarf zu senken. Wir wollen Bürokratie abbauen, damit sich junge Unternehmen auf ihr Geschäft konzentrieren können statt auf Formulare. Behördengänge für Gründerinnen und Gründer müssen so weit reduziert werden, dass eine Gründung an einem einzigen Werktag und online möglich ist.	Wir Freie Demokraten legen unseren Fokus hier insbesondere darauf, Gründungen zu vereinfachen und damit auch den Beratungsbedarf zu senken. Wir wollen Bürokratie abbauen, damit sich junge Unternehmen auf ihr Geschäft konzentrieren können statt auf Formulare. Behördengänge für Gründerinnen und Gründer müssen so weit reduziert werden, dass eine Gründung an einem einzigen Werktag und online möglich ist.

Gründungsunterstützungsleistungen erhalten müssen.	europäischen und nationalen Start-up Förderprogrammen und zu sogenannte Inkubatoren eröffnen.	Arbeitsbedingungen und Löhne sichert Gründer*innen wiederum eine stabile und wachsende Nachfrage, die unbedingte Voraussetzung für eine erfolgreiche Gründung ist.	<p>Hierzu braucht es eine unabhängige Beratungsstelle, die zugunsten des Unternehmens und nicht des Staates berät. Neben der Herstellung einer schnellen Geschäftsfähigkeit von Gründungen möchten wir deshalb zum Beispiel ein bürokratiefreies Jahr für Start-ups schaffen.</p> <p>Wir möchten dafür hinaus bei der Gründung durch die Schaffung eines Netzwerks Investoren unterstützen. Dieses soll das Matching zwischen Gründerinnen und Gründern sowie Investoren erleichtern.</p>	<p>Hierzu braucht es eine unabhängige Beratungsstelle, die zugunsten des Unternehmens und nicht des Staates berät. Neben der Herstellung einer schnellen Geschäftsfähigkeit von Gründungen möchten wir deshalb zum Beispiel ein bürokratiefreies Jahr für Start-ups schaffen.</p> <p>Wir möchten dafür hinaus bei der Gründung durch die Schaffung eines Netzwerks Investoren unterstützen. Dieses soll das Matching zwischen Gründerinnen und Gründern sowie Investoren erleichtern.</p>
--	---	--	---	---

3) Gründung im Nebenerwerb und Unterstützung von Gründungen von Eltern

Gerade für Alleinerziehende kommen Gründungen, v.a. auch Nebenerwerbsgründungen als Alternative zu anderen Formen der Beschäftigung vermehrt in Frage. Hierauf sind Qualifizierungs- und Finanzierungsleistungen nicht ausgerichtet.

Welchen Stellenwert messen Sie der Förderung von gründungswilligen Alleinerziehenden in Ihrem aktuellen Parteiprogramm bei?

Welche Maßnahmen ergreifen Sie, um Nebenerwerbsgründungen zu erleichtern?

CDU / CSU	Bündnis 90 / Die Grünen	Die Linke	FDP	SPD
Für Nebenerwerbsgründungen gibt es bereits einige Förderprodukte, wie zum Beispiel den ERP-Gründerkredit Startgeld, welcher von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) durchgeführt wird. Nebenerwerbsgründer können Fördermittel aus dem Programm in Anspruch nehmen, wenn ihr Vorhaben mittelfristig auf Vollerwerb ausgerichtet ist. Eine weitere Möglichkeit bietet der Mikrokreditfonds Deutschland.	Um Gründen im Nebenerwerb und mit geringem Kapitalbedarf zu erleichtern, wollen wir den Zugang zu Mikrokrediten verbessern. Das Gründungskapital (Antwort 1) soll auch Nebenerwerbsgründungen zur Verfügung stehen. Mit einer guten Betreuungsinfrastruktur und mit einer "flexiblen Vollzeit", bei der Beschäftigte ihre Arbeitszeit um bis zu zehn Wochenstunden reduzieren und wieder erhöhen können, wollen wir für Alleinerziehende den Einstieg in eine Selbständigkeit im Nebenerwerb erleichtert.	Siehe Antwort auf Frage 2. Gründungsberatung und –förderung müssen individuell ausgerichtet sein und spezifische Bedürfnisse und Ausgangsbedingungen einbeziehen.	Nebenberufliche Gründungen und Gründungen aus der Elternschaft heraus bilden etwa ein Fünftel der Gründungen. Hier sind noch ungehobene Potentiale vorhanden. Wir Freie Demokraten setzen dafür ein, diese Gründungen zu erleichtern. Zur sozialen Absicherung soll auch Gründerinnen und Gründern, die nicht aus der Arbeitslosigkeit, sondern aus der Familienphase kommen, befristet auf maximal 15 Monate, eine Pauschale von 300 Euro gewährt werden, die es ermöglicht, sich freiwillig in die gesetzlichen Sozialversicherungen abzusichern.	Für die SPD gibt es keine Ausnahmen. Wir unterstützen generell alle Gründungswilligen, ungeachtet der persönlichen Ausgangssituation der Gründer*innen.

4) Gründungsaktivitäten bei Migrant*innen

Migranten*innen weisen eine relativ hohe Gründungsaktivität auf. Unternehmensgründungen von Migranten*innen tragen nachweislich nicht nur zur regionalen Wirtschaftsbelebung bei, sondern sie leisten auch einen wichtigen Integrationsbeitrag.

Gründer*innen mit Migrationshintergrund stehen in der Gründungsphase vor besonderen Herausforderungen aber es gibt nur wenige spezifische Beratungs- und Unterstützungsangebote.

Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, die Unterstützungs- und Beratungsleistungen für Gründer*innen mit Migrationshintergrund zu verbessern?

Wie stehen Sie dazu, dass §21 Aufenthaltsgesetz zu reformieren und die jeweiligen Verwaltungsvorschriften anzupassen?

CDU / CSU	Bündnis 90 / Die Grünen	Die Linke	FDP	SPD
Aus der ganzen Welt kommen Menschen mit Ideen nach Deutschland, gründen Unternehmen und schaffen Arbeitsplätze. CDU und CSU werden sie ermutigen und unterstützen und dies ungeachtet ihrer Herkunft und ihres Geschlechts. Wir haben bereits in den vergangenen Jahren die Rahmenbedingungen für junge und innovative Unternehmen immer weiter verbessert. Im Koalitionsvertrag haben wir zudem festgeschrieben, dass wir die Gründungskultur in Deutschland noch weiter	Ja, wir setzen uns dafür ein, dass spezielle Gründungsberatungen und Coaches für Migrantinnen und Migranten angeboten werden. Wir fordern ein Europäisches Start-up-Visum ähnlich dem französischen „Tech Ticket“. Neben dem Visum sollen ausländischen Start-ups Beratung und finanzielle Unterstützung angeboten werden. §21 Aufenthaltsgesetz wollen wir durch neue und vereinfachte Einwanderungswege ergänzen. Aufenthaltstitel für Erwerbstätigkeit oder Selbstständigkeit müssen	Die Unterstützung, Qualifizierung und Förderung von angehenden Gründern ist uns ein wichtiges Anliegen – ganz gleich, ob es sich dabei um Deutsche oder Migrantinnen und Migranten handelt. Existenzgründungsberatungen und gründungsbegleitende Coachings müssen in der Muttersprache erfolgen, ausreichend finanziert sein und so ausgerichtet, dass sie die speziellen Lebenslagen von Migrant*innen, aber auch besondere Chancen (z. B. im zielgruppennahen Vertrieb und Marketing) berücksichtigen. Dabei kritisiert die LINKE die	Wir Freie Demokraten haben in der Vergangenheit bereits erhebliche Liberalisierungen des Einwanderungsrechts erreicht, darunter auch bei den Regelungen für Unternehmensgründerinnen und -gründer im Aufenthaltsgesetz. Diesen Weg wollen wir weitergehen – für uns ist nicht wichtig, woher jemand kommt, sondern wo er mit uns hin will. Um Gründungen auch für Migrantinnen und Migranten zu erleichtern, setzen wir insbesondere auf Bürokratieabbau. Darüber hinaus wollen wir Englisch als zweite	Antwort zu Frage 4a: Im Einzelfall müsste muss überlegt werden, welche ganz spezifischen Unterstützungsleitungen notwendig und möglich sind. Ansonsten machen wir keine Unterschiede. Siehe dazu Antwort zu Frage 3 und 3 b. Antwort zu Frage 4b: Wir wollen, dass Deutschland und Europa insgesamt attraktiv sind für Akademikerinnen und Akademiker, Studierende und Selbstständige aus Drittstaaten. Wir brauchen (nicht nur aus demographischen Gründen) den Zuzug der klügsten Köpfe der Welt. Es gilt im internationalen Wettbewerb

fördern werden, indem wir etwa im ersten Jahr der Gründung die Bürokratiebelastung auf ein Mindestmaß reduzieren und die Bedingungen für Wagniskapital verbessern.	generell vereinfacht werden.	restriktive Gestaltung der Zugangsvoraussetzungen für die selbstständige Tätigkeit von ausländischen Staatsbürgern, die nicht aus einem EU-Land stammen. Sie unterliegen Einschränkungen in der Gewerbefreiheit. Diese Beschränkungen ergeben sich u.a. aus dem Aufenthaltsgesetz (AufenthG), dass die selbstständige Tätigkeit unter § 21 regelt. Wir finden es falsch, dass die Stellungnahmen der Industrie- und Handelskammer gegenüber der Ausländerbehörde lediglich internen Charakter hat und die alleinige Entscheidung bei der berufenen Ausländerbehörde liegt. DIE LINKE hat frühzeitig darauf hingewiesen, dass Gleichwertigkeitsprüfungen der beruflichen bzw. akademischen Qualifikationen schneller, günstiger und unkomplizierter durchzuführen sind.	Verwaltungssprache einführen, so dass mögliche Probleme durch eine Sprachbarriere gemindert werden können.	weiter zu gewährleisten, dass Europa ein Hightech-Standort ist und bleibt. Zwar attestiert die OECD Deutschland im internationalen Vergleich recht weitgehende Zugänge und nennt die „deutsche Zuwanderungspolitik als eine der offensten im OECD-Raum“. Allerdings bleibt sie kompliziert. Deshalb haben wir mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz begonnen, die Zuwanderungsregelungen für Fachkräfte zu vereinfachen. Auch die Anwendung der Voraussetzung des § 21 AufenthG für die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis für selbstständige Tätigkeit sollte unkompliziert sein und europaweit Standards folgen.
--	------------------------------	--	--	--

5) Gründungspotenziale älterer Menschen

Das Gründungspotenzial älterer Menschen wird bisher kaum genutzt. Durch eine zielgruppengerechte Unterstützung wird ein wichtiger Beitrag zur Vitalisierung von Wirtschaftsprozessen, zur Bekämpfung von Altersarmut und zur Sicherung der Nahversorgung, insbesondere in ländlichen Regionen, gewährleistet.

Wird sich Ihre Partei für eine Gründungsunterstützung von älteren Menschen einsetzen?

Welche Maßnahmen ergreift Ihre Partei, um die Gründungsunterstützung dieser Zielgruppe voranzutreiben?

CDU / CSU	Bündnis 90 / Die Grünen	Die Linke	FDP	SPD
Ältere Menschen können die gleiche Förderung erhalten wie andere Unternehmensgründer.	Schon allein der demografische Wandel führt dazu, dass Gründende im Schnitt älter werden. Wir wollen eine gute soziale Absicherung von Gründenden, damit auch Ältere den Schritt in die Selbständigkeit wagen können. Mit flächendeckenden Anlaufstellen („One-Stop-Shops“) für Gründungsberatung und -förderung wollen wir Gründungen durch Ältere zielgruppenspezifisch beraten und unterstützen.	Wir unterstützen die bestmögliche Beratung und Förderung von Gründungen – unabhängig von Alter, Geschlecht oder Nationalität. Allerdings wenden wir uns vehement gegen Bestrebungen, eine Existenzgründung als Ausweg aus Armut oder Altersarmut schönzufärben. Dies wird den Voraussetzungen einer erfolgreichen Gründung nicht gerecht und ersetzt oft genug Armut durch neue Armut. Stattdessen müssen die Systeme der sozialen Sicherung gestärkt werden. Dazu muss der Kampf gegen Armut EU-weit aufgenommen werden. DIE LINKE fordert eine EU-weite Mindestsicherung in Höhe von 60 Prozent des	Das größte Hindernis bei der Aktivierung älterer Menschen sind derzeit die äußerst unattraktiven Hinzuverdienstregeln bei der gesetzlichen Rente. Deshalb wollen wir Freie Demokraten alle Hinzuverdienstgrenzen neben dem Rentenbezug abschaffen.	Mit den Antworten auf Frage 3 und Frage 4a sind die Fragen 5a und 5b beantwortet.

		<p>jeweiligen Durchschnittseinkommens. Wir möchten gute und sichere Arbeitsverhältnisse mit selbstbestimmten Arbeitszeiten, eine Höchstarbeitszeit von 40 Stunden/Woche, Zugang zum europäischen Arbeitsmarkt mit fairen Arbeitsbedingungen und nachhaltigen sozialen Schutz. Arbeit muss sicher und unbefristet, tariflich bezahlt, möglichst stressfrei und demokratisch mitgestaltet sein. Die Löhne müssen für ein gutes Leben und eine gute Rente reichen. Lohndumping durch Leiharbeit, Werkverträge und Auslagerungen wollen wir stoppen. Wir treten für eine verbindliche europäische Mindestlohnregelung ein (60 Prozent der mittleren Verdienste in den jeweiligen Ländern). Für Deutschland heißt das heute: 12 Euro Mindestlohn, ohne Ausnahmen. DIE LINKE möchte die gesetzliche Rentenversicherung zu einer solidarischen Rentenversicherung</p>		
--	--	--	--	--

		<p>ausbauen, in die alle Erwerbstätigen einzahlen. Das Rentenniveau soll wieder bei 53 Prozent festgeschrieben werden. Für ein Leben im Alter in Würde und sozialer Teilhabe müssen die EU-Staaten mit einer Mindestrente garantieren, dass alle Menschen sicher vor Armut geschützt sind. Sie muss oberhalb der Armutsrisikogrenze des jeweiligen Landes liegen (60 Prozent des mittleren Einkommens). In Deutschland streiten wir für eine einkommens- und vermögensgeprüfte solidarische Mindestrente von derzeit 1.050 Euro netto.</p>		
--	--	--	--	--

6) Unterstützung von Gründerinnen

Frauen weisen ein hohes Gründungspotenzial auf, welches noch nicht ausgenutzt ist. Zusätzlich wird ihnen der Weg in die Selbständigkeit erschwert, da viele Gründerinnen einer „doppelten Diskriminierung“ durch zusätzliche Merkmale wie Migrationshintergrund oder Alter ausgesetzt sind. Das Bild von weiblichen Gründerinnen und Unternehmerinnen muss in der Gesellschaft gestärkt werden. Damit Frauen den Weg in die Selbständigkeit wählen und sie während des Gründungsprozess passgenau unterstützt werden, bedarf es spezifischer Gründungsprogramme und Unterstützungsmaßnahmen.

Welche Maßnahmen plant Ihre Partei zu ergreifen, um Frauen den Weg in die Selbständigkeit zu erleichtern und sie während des Gründungsprozesses zu unterstützen?

CDU / CSU	Bündnis 90 / Die Grünen	Die Linke	FDP	SPD
Das Ziel von CDU und CSU ist es, den Frauenanteil bei den Selbstständigen zu steigern. Lediglich 38 Prozent der Einzel-Firmen in Deutschland werden von Frauen gegründet, bei den Unternehmen, die auch Mitarbeiter beschäftigen, sind es nur 25 Prozent. Daher sollen mit der Initiative „Frauen Unternehmen“ des Bundeswirtschaftsministeriums Frauen zur Firmengründung ermutigt werden. 180 Frauen deutschlandweit sollen deshalb im Rahmen der auf zwei Jahre angelegten Initiative in Beratungsgesprächen und auf Veranstaltungen öffentlich von ihrem Schritt in die	Im Vergleich zu Männern müssen Frauen auf dem Weg zur Gründung oft andere Hürden überwinden und brauchen deshalb zugeschnittene Förderung. Deshalb fordern wir ein Programm der Europäischen Investitionsbank für zukunftsfähige Start-ups, die überall in Europa von jungen Gründerinnen und Gründern auf den Weg gebracht werden. Dabei soll Geschlechtergerechtigkeit als Vergabekriterium verankert werden und sollen insbesondere Gründerinnen gefördert werden.	Siehe Antwort auf die Fragen 2 bis 4. Gründungsförderung und –beratung müssen die jeweiligen Lebenslagen und Chancen berücksichtigen und die besonderen Stärken von Frauen fördern. Immer noch gründen sich Frauen vorwiegend in Dienstleistungsbereichen, Kreativwirtschaft, Gesundheit oder Pflege – Branchen, die durch ein niedriges Einnahmeniveau gekennzeichnet sind und als Felder personenbezogener Dienstleistungen einen hohen persönlichen Arbeitseinsatz der Gründer*innen erfordern.	Wir Freie Demokraten möchten mehr Frauen zur Gründung von Unternehmen ermutigen und das Potential unter Gründerinnen stärker ausschöpfen. Frauen gründen häufiger alleine, weshalb wir Freie Demokraten uns für die Verbesserung der Rahmenbedingen und für den Abbau bürokratischer Hürden (beispielsweise durch ein bürokratiefreies Jahr) für kleine Gründungen einsetzen. Ein, wenn nicht das größte Hindernis für Gründerinnen ist die große Sorge vor Altersarmut. Daher ist eine	Mit den Antworten auf Frage 3 und Frage 4a ist die Frage 6 beantwortet.

<p>Selbstständigkeit und ihrem Leben als Unternehmerinnen berichten.</p>		<p>Wir möchten diese Bereiche gesellschaftlich aufwerten und setzen uns für eine bessere Vergütung und Entlohnung ein, die dem gesellschaftlichen Stellenwert dieser Tätigkeiten entsprechen. Zu Fragen der sozialen Absicherung verweisen wir exemplarisch auf ein Positionspapier zu Soloselbstständigen, das in engere Zusammenarbeit mit Gründer*innen und ihren Verbänden entstanden ist. https://www.linksfraktion.de/fileadmin/user_upload/Positionspapiere/2017/Positionspapier_Kreativwirtschaft_20170724.pdf.</p> <p>Hinzu kommt auch bei selbstständigen Frauen die Doppelbelastung durch ungleiche Verteilung der Haus- und Familienarbeit zwischen den Geschlechtern. Die soziale Infrastruktur für Familie, Kinder und Jugendliche muss wieder ausgebaut werden. Dazu gehört eine gebührenfreie bedarfs- und altersgerechte</p>	<p>gesicherte Basisrente mit Anrechnung geleisteter Arbeitsjahre auch während der Selbstständigkeit ein entscheidender Faktor. Nur an 17 Prozent der Start-ups, welche Wagniskapitel erhalten, sind Frauen beteiligt, weshalb wir Gründerinnen bei dem Zugang zu und der Einwerbung von Wagniskapital besser unterstützen möchten. Dafür ist ein Venture Capital Fonds in Form einer öffentlich-privaten Partnerschaft einzurichten. Darüber hinaus wollen wir weibliche „Business Angels“ fördern, indem beispielsweise die vorhandenen Netzwerke bei einer zentralen Anlaufstation gesammelt werden. Wir wollen auch frühzeitig Schülerinnen und Studentinnen für das Abenteuer Gründung begeistern und so zum Gründen zu ermutigen. Hierfür möchten wir Entrepreneurship an die Schulen bringen. An Hochschulen sind</p>	
--	--	---	---	--

		<p>Kinderganztagsbetreuung, auch außerhalb der regulären Öffnungszeiten. Im europäischen Vergleich gehört Deutschland zu den Schlusslichtern bei der Gleichstellung der Geschlechter.</p> <p>Gleichstellungspolitik ist für DIE LINKE vor allem eine Frage der Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit. Diese besteht sowohl in der Anfechtung von klar fixierten männlichen und weiblichen sozialen Rollen als auch im Eintreten für die gleiche Teilhabe von Frauen, Männern sowie Menschen, die jenseits der Norm der Zweigeschlechtlichkeit leben, an allen gesellschaftlichen Bereichen und Ressourcen und ihren Schutz vor Diskriminierung und Gewalt.</p>	<p>Entrepreneurship Centres einzurichten, die sich mit ihrem Programm explizit an Studentinnen richten und zugleich des Ausbaus der Forschung zu Female Entrepreneurship dienen.</p>	
--	--	--	--	--

7) Gründungsunterstützung von schwerbehinderten Menschen

Viele schwerbehinderte Menschen benötigen einen speziell auf die Bedürfnisse ihrer Behinderung eingerichteten Arbeitsplatz, brauchen mehr Ruhephasen oder eine besondere Prozessorganisation. Der Weg in die Selbstständigkeit stellt für viele Menschen mit Schwerbehinderung die einzige Möglichkeit zur Teilnahme am Arbeitsmarkt dar. Bisher existiert nur eine begrenzte Anzahl von Einrichtungen, die sich der Gründungsunterstützung von schwerbehinderten Menschen annehmen. Der Aufbau eines Gründungsunterstützungsangebots für Menschen mit Behinderung stellt einen wichtigen Beitrag zur Inklusion und zur Vervielfältigung der Gründungslandschaft dar.

Wie beabsichtigt Ihre Partei die Gründungsunterstützung von Menschen mit **Schwerbehinderung** zu fördern?

CDU / CSU	Bündnis 90 / Die Grünen	Die Linke	FDP	SPD
<p>Schwerbehinderte Menschen können die gleiche Förderung erhalten wie andere Unternehmensgründer. Ergänzend kommen Darlehen oder Zuschüsse vom Integrationsamt in Frage. Sie können außerdem Zuschüsse oder Darlehen für die behinderungsgerechte Gestaltung ihres Arbeitsplatzes erhalten.</p> <p>Der Schritt in die Selbstständigkeit ist auch für schwerbehinderte Menschen eine Möglichkeit zur Teilhabe am Arbeitsleben. Schwerbehinderte Menschen können vom</p>	<p>Wir setzen uns für einen Mix aus einer inklusiv ausgerichteten Gründungsberatung in der Fläche und spezialisierten Strukturen im Hintergrund ein. Zudem dürfen Gründer nicht nur deshalb zusätzlich geprüft werden, weil sie Teilhabeleistungen brauchen.</p>	<p>Behinderung besteht zu allererst in den vielfältigen Barrieren, denen Menschen mit Behinderung im Alltag begegnen – auch als selbstständig Erwerbstätige. DIE LINKE tritt für eine volle und wirksame Teilhabe aller Menschen mit Behinderungen in Europa ein. Wir wollen Barrieren abbauen – bauliche, kommunikative und strukturelle – und Menschen mit Behinderungen eine unabhängige Lebensführung erleichtern. Dazu gehört das Recht auf Erwerbsarbeit (sei es als abhängig Beschäftigte oder Selbstständige) und die Umsetzung der UN-BRK. Wir werden in der EU darauf hinwirken, für Menschen mit</p>	<p>Wir Freie Demokraten wollen die volle Teilhabe von Menschen mit Behinderungen, indem wir Barrierefreiheit sowie Selbstbestimmung und Eigenverantwortung fördern. Dies sind Voraussetzungen dafür, dass menschliche Vielfalt gewürdigt wird.</p> <p>Wir Freie Demokraten wollen, dass Leistungen für Menschen mit Behinderungen zusammengefasst und personenbezogen ausgestaltet werden. Das persönliche Budget soll ausgeweitet und insbesondere durch Pauschalierung vereinfacht</p>	<p>Mit den Antworten auf Frage 3 und Frage 4a ist die Frage 7 beantwortet.</p>

<p>Integrations-amt Unterstützung bei Gründung eines eigenen Unternehmens oder durch eine Beteiligung an einem bestehenden Unternehmen erhalten.</p>		<p>Behinderungen ein beschäftigungspolitisches Rahmenprogramm aufzulegen, das dem Grundsatz folgt: „so wenig Sonderarbeitswelten wie möglich“, so regulär wie möglich“, um so schrittweise Rahmenbedingungen für eine inklusive Arbeitswelt für alle Beschäftigten zu schaffen. Doppelstrukturen in Bildung, Wohnen und Arbeit wollen wir europaweit auflösen. Wir wollen ein Europäisches Gesetz zur Barrierefreiheit (European Accessibility Act EAA) ohne Einschränkung des Geltungsbereiches, damit Menschen mit Behinderungen den gleichen Zugang zu Orten, Produkten und Dienstleistungen erhalten wie alle anderen. Wir setzen uns dafür ein, dass alle rechtlichen Diskriminierungen von Menschen mit Behinderungen aufgehoben werden. Menschen mit Behinderungen und ihre Selbstvertretungsorganisationen benötigen Unterstützung. Das beinhaltet vor allem die Förderung unabhängiger Beratung durch Expert*innen in eigener Sache, von Initiativen</p>	<p>werden. Leistungen, die die Nachteile der Behinderung ausgleichen (Nachteilsausgleich), sollen einkommensunabhängig gewährt werden. Dies kommt auch Gründerinnen und Gründern mit Behinderung zu Gute.</p>	
--	--	---	---	--

		und öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen.		
--	--	---	--	--

8) Ländlich schrumpfender Raum

Gründungen finden vornehmlich in urbanen Räumen statt. Die Gründungsneigung in ländlichen Räumen ist wenig ausgeprägt. Gleichzeitig bestehen in vielen ländlichen Räumen Versorgungseingänge und Bewohner*innen müssen weite Wege auf sich nehmen, um ihre Nachfrage decken zu können. Um Menschen in ländlichen Regionen für eine Gründung zu aktivieren, bedarf es passender Unterstützungsleistungen in ländlichen Räumen.

Welche Maßnahmen müssen Ihrer Auffassung nach ergriffen werden, um die Gründungsaktivitäten in ländlichen Regionen zu verbessern?

Welche Maßnahmen planen Sie, in der kommenden Zeit umzusetzen?

CDU / CSU	Bündnis 90 / Die Grünen	Die Linke	FDP	SPD
Wir sehen vor allem zwei Ansatzpunkte: <u>1. Nutzung und Verbesserung des speziellen Förderinstrumentariums:</u> Für den ländlichen Raum und für strukturschwache Gebiete gibt es neben der allgemeinen Existenzgründerförderung schon spezielle Förderinstrumente, mit denen Gründungen und Unternehmensinvestitionen unterstützt werden können. An erster Stelle sind hier die	In ländlichen Räumen schaffen Gründungen Arbeitsplätze und Lebensqualität. Dafür braucht es lebendige Kommunen, gute Verkehrsanbindungen und den europaweiten Ausbau digitaler Infrastruktur. Die regionale Daseinsvorsorge wollen wir besser fördern. Fördertöpfe auf europäischer, Bundes-, Länder- und regionaler Ebene sollen einfacher kombiniert und der Aufwand	DIE LINKE fordert gemäß Grundgesetz gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Regionen Deutschlands herzustellen. Wir müssen den ländlichen Räumen eine Zukunftsperspektive geben, eine bedarfsgerechte öffentliche Daseinsvorsorge (vor allem in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Pflege, ÖPNV) flächendeckend sicherstellen und dafür Sorge tragen, dass alle Menschen überall gut versorgt sind. Regionale	Der ländliche Raum erbringt wichtige und vielfältige Produktions- und Dienstleistungen für die Bevölkerung – so sitzt etwa die Hälfte der etwa 3000 deutschen Hidden Champions im ländlichen Raum. Um diesem Anspruch auch weiterhin gerecht zu werden, ist der Zugang zu einem flächendeckenden, hochleistungsfähigen Glasfaser- und Mobilfunknetz sowie zu einer leistungsfähigen	Im ländlichen Raum gelten grundsätzlich keine anderen Bedingungen. Die Frage ist, wie die Beratungsleistungen der zuständigen Gründerzentren der IHKs und anderen Institutionen auszubauen sind. Im Allgemeinen sind die Strukturen in den städtischen Regionen besser als in den ländlichen. Über diese Fragen muss weiter nachgedacht werden. Im Übrigen verweisen wir auf die Antwort zu Frage 1 und 2.

<p>beiden Gemeinschaftsaufgaben „Regionale Wirtschaftsstruktur“ und „Agrarstruktur und Küstenschutz“ (GRW und GAK) zu nennen. Die Förderkulisse der GRW wurde zum Beispiel in den letzten Jahren weiterentwickelt hin zu mehr Innovationen, zu mehr Mittelstandsförderung und zu einem Ausbau der Tourismusförderung. Mit diesen konkreten Maßnahmen zielt die GRW auf Unternehmen in den ländlichen Regionen. Mit der GAK wird in Deutschland im Wesentlichen die EU-Förderung für den ländlichen Raum (ELER) umgesetzt. Unter anderem werden landwirtschaftliche Investitionen, auch Betriebsgründungen, gefördert. Für Junglandwirte ist der Fördersatz erhöht. Junglandwirte erhalten auch eine spezielle Junglandwirteprämie auf die landwirtschaftlichen Direktzahlungen, was</p>	<p>für Kleinprojekte reduziert werden. Mit einem Programm für Start-ups helfen wir, Jobs zu schaffen, wo kaum noch welche zu finden sind.</p>	<p>Wirtschaftskreisläufe sollen gefördert und dadurch die Wertschöpfung in ländlichen Räumen gesichert werden. Dies schafft auch neue Felder für eine erfolgreiche Existenzgründung. Die neoliberale Politik der Konzentration auf städtische Metropolregionen als wirtschaftliche und kulturelle Zentren führt zu einer abnehmenden Attraktivität ländlicher Räume als Lebens- und Arbeitsort. Um diesen Trend umzukehren, müssen Rahmenbedingungen geschaffen werden, damit neue Formen der ländlichen Wirtschaft, auch außerhalb des Agrarsektors, hervorgebracht und bisher ungenutzte Wertschöpfungspotentiale der ländlichen Räume nachhaltig aktiviert werden. Dazu sind der flächendeckende Ausbau der digitalen Netze durch Glasfaseranschlüssen, das Schließen von Funklöchern und die Versorgung mit Mobilfunktechnologie unabdingbar. Ländliche Räume brauchen keine</p>	<p>Verkehrsinfrastruktur von größter Wichtigkeit. Auch für potentielle Gründerinnen und Gründer ist die Versorgung ein wesentliches Kriterium für mobiles Arbeiten und ihre Lebensqualität auf dem Land. Wir Freie Demokraten wollen überall in Deutschland hochleistungsfähiges Internet durch flächendeckende Gigabit-Infrastrukturen sowohl im Festnetz als auch beim Mobilfunk. Darüber hinaus fordern wir schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren sowie zusätzliche Mittel für Verkehrsinvestitionen.</p>	
---	---	--	---	--

<p>ebenfalls bei einer Betriebsgründung oder Betriebsübernahme hilft. Die Junglandwirteförderung wollen wir im Rahmen der Weiterentwicklung der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU noch ausbauen. Über die GAK können zudem Kleinunternehmen der Grundversorgung, zum Beispiel Einzelhandel, Lebensmittelhandwerk, Gastwirtschaft, Urlaub auf dem Bauernhof, gefördert werden. Existenzgründungen in diesen Bereichen eignen sich sehr gut als Ergänzung zu einem landwirtschaftlichen Betrieb. Insbesondere Frauen ergreifen die Chance der Existenzgründung in den genannten Bereichen der Grundversorgung. Derzeit berät die Regierungskommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ über Verbesserungen dieses schon bestehenden Fördersystems. Uns ist wichtig, dass die Förderinstrumente gerade in Bezug auf Existenzgründer</p>		<p>unzähligen Modellprojekte, Placeboprogramme und Förderstränge, sondern eine Politik "aus einem Guss" und eine solide und verlässliche Förderung, die vielseitig anwendbar ist. Denn jede Region hat eigene Potentiale. Deshalb fordert DIE LINKE den stärkeren Einsatz von Regionalbudgets. Nicht Brüssel, Berlin und die Landeshauptstädte sollen über die Verwendung der Mittel entscheiden, sondern die Regionen selbst.</p>		
--	--	--	--	--

<p>flexibel sind und Förderlücken geschlossen werden. Das gilt zum Beispiel für den Bereich zwischen zehn Mitarbeitern (oft förderfähig über die GAK) und ca. 50 Mitarbeitern (förderfähig über die GRW). In dem Zusammenhang prüfen wir eine Grundgesetzänderung zur Erweiterung der GAK zu einer „Gemeinschaftsaufgabe ländlicher Raum“.</p> <p><u>2. Schaffung der infrastrukturellen Voraussetzungen, insbesondere zur Erschließung der Potenziale der Digitalisierung für Existenzgründungen:</u></p> <p>Über die reine Förderung der Existenzgründung in ländlichen Räumen hinaus, bedarf es der richtigen infrastrukturellen Voraussetzungen für Existenzgründer. Potenzial für Gründungen gibt es vor allem durch die Digitalisierung. Bedarf und Chancen bestehen sowohl in</p>				
--	--	--	--	--

<p>der Digitalisierung der klassischen ländlichen Sektoren Landwirtschaft, Grundversorgung, Tourismus und Handwerk als auch in der Entwicklung neuer Geschäftsfelder, z. B. bei regional organisierten und sicheren Plattformen für den Nahverkehr, für die Organisation der Kinderbetreuung und Altenpflege, in der Telemedizin und anderen Dienstleistungsbereichen. Voraussetzung dafür ist der schnelle Ausbau einer leistungsfähigen Breitbandversorgung (Glasfaser und Mobilfunk). Dieser hat einschließlich einer flächendeckenden 5G-Versorgung für uns hohe Priorität. Zudem wollen wir die auf dem Land ansässigen Mittelständler und Gründungswilligen mit Schulungen und Bildungsangeboten unterstützen und neue Räume für Gründer und Kreative, etwa durch die Einrichtung von CoWorking-Centern und Satellitenbüros, schaffen.</p>				
--	--	--	--	--

<p>CDU und CSU haben im nationalen Koalitionsvertrag auch den Start einer Dezentralisierungsstrategie staatlicher Einrichtungen verankert. Das betrifft Behörden, Bildungs- und Forschungseinrichtungen. In dem Umfeld dieser Einrichtungen erwarten wir uns viele Impulse für Gründungen gerade junger Menschen in den ländlichen Regionen.</p>				
--	--	--	--	--

9) Unternehmensnachfolge

Die Übernahme eines Unternehmens stellt eine besondere Chance für Gründer*innen dar. Es bedarf jedoch einer professionalisierten Prozessbegleitung, um die mit einer Unternehmensübernahme zusammenhängenden Risiken zu reduzieren.

Gibt es in Ihrer Partei konkrete Vorschläge, wie die große Lücke in der Unternehmensnachfolge geschlossen werden kann?

CDU / CSU	Bündnis 90 / Die Grünen	Die Linke	FDP	SPD
CDU und CSU sehen die Erleichterung und Flankierung der Unternehmensnachfolge im Mittelstand als ein zentrales Handlungsfeld der Mittelstandspolitik an. Eine Unternehmensnachfolge bietet insbesondere für Gründerinnen und Gründer gute Chancen und Perspektiven für einen Start in die unternehmerische Selbständigkeit, u.a. durch die Übernahme und Fortführung eines erprobten Geschäftsmodells, qualifizierter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, eines vorhandenen Auftragsbestands und Kunden. Die von der unionsgeführten Bundesregierung bereits ergriffenen Maßnahmen zur Erleichterung der Unternehmensnachfolge tragen	In Deutschland werden nach unterschiedlichen Schätzungen bis 2022 zwischen 150.000 und einer halben Million Unternehmen ihre Nachfolge regeln müssen. Damit diese erfolgreich vonstattengehen, wollen wir die Nachfolgeberatung finanziell besser ausstatten. Das Beratungsangebot soll verstärkt beworben, stärker auf Unternehmensnachfolgen ausgerichtet und die Antragstellung vereinfacht werden. Wir wollen mit einem Gründungskapital von bis zu 25.000 Euro auch Nachfolgende besser fördern.	Für Beratungen zur Unternehmensnachfolge legen wir die gleiche hohe Messlatte an wie für alle anderen Gründungsberatungen und Coachings. Sie müssen kompetent, qualifiziert und individuell erfolgen. Im Mittelpunkt müssen zwingend die Lebenslage und die Erfolgsaussichten der Gründer*in stehen – keinesfalls ausschließlich externe Gründe wie Standortgesichtspunkte oder die Entlastung der Arbeitslosenstatistik.	Jedes Jahr sind viele mittelständische Unternehmen in Deutschland auf der Suche nach einem Nachfolger. Laut dem Nachfolge-Monitoring der KfW-Bank sollen es bis 2020 etwa 227 000 sein. Das Thema der Unternehmensnachfolge ist sehr komplex und in vielen Fällen auch emotional für die Beteiligten. Dennoch ist es ein Thema, mit dem sich jährlich tausende Unternehmen auseinandersetzen müssen. Vor allem für den Mittelstand ist das Thema von großer Wichtigkeit und damit zentral für die deutsche Wirtschaft. Eine erfolgreiche Nachfolge ist	Unternehmensnachfolgen sind ein wichtiges Thema. Dazu sind intensive Gespräche mit den IHKS und deren Dachverband zu führen. Es geht darum, die Rahmenbedingungen für die Nachfolger entsprechend zu gestalten, um Nachfolgen attraktiv zu machen. Dazu bedarf es nicht nur des Bürokratieabbaus, sondern auch der verlässlichen Rahmenbedingungen. Es gibt auch vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie entsprechende Beratungsangebote. Ansonsten siehe ansonsten Antworten auf Frage 1 und Frage 2.

<p>insbesondere auch dazu bei, dass Unternehmerinnen und Unternehmer frühzeitig für den Generationenwechsel sensibilisiert und informiert werden.</p> <p>So bietet bspw. die Unternehmensnachfolgeinitiative „nexxt“ des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie gemeinsam mit bundesweiten Kooperationspartnern umfassende Informationen und Beratung an und bringt Unternehmen mit Nachfolgeinteressierten zusammen.</p> <p>Zentrales Instrument der Unterstützungsleistungen zur Erleichterung der Unternehmensnachfolge ist die Unternehmensnachfolgebörse „nexxt-change“. Über die kostenlose Internetbörse können insbesondere Kontakte geknüpft werden. Bundesweit betreuen rund 700 Regionalpartner vor Ort die Interessenten. Darüber hinaus können Unternehmensnachfolgerinnen und -nachfolger auf alle Angebote der Gründungsfinanzierung zurückgreifen. Hier stehen langfristige und niedrig verzinsten Kreditangebote ebenso zur</p>			<p>aus mehreren Gründen für Gesellschaft und Wirtschaft wünschenswert. Die lange Aufbauphase eines neu gegründeten Unternehmens fällt weg. Vertriebskanäle, Kunden, Lieferanten und anderweitig verbundene Unternehmen sind bereits etabliert und haben Planungssicherheit. Vor allem aber bleiben Arbeitsplätze und Steuereinnahmen der regionalen Wirtschaft erhalten.</p> <p>Wir Freie Demokraten wollen daher bestehende Angebote wie nexxt-change, Go! und die Unterstützungsprogramme der KfW beibehalten und stärken.</p>	
---	--	--	--	--

Verfügung wie auch eigenkapitalverstärkendes Nachrangkapital. Sicherheiten, die den Gründern und Nachfolgern häufig fehlen, können über Haftungsfreistellungen oder Bürgschaften der Bürgschaftsbanken verbessert oder ersetzt werden. Diese und weitere Instrumente gilt es fortzuentwickeln.				
---	--	--	--	--